

**Auf die Reaktionen der Fraktionen (unten angehängt) zum 2.offenen Brief zum Thema „Berechnungsmodell für die erwarteten Einnahmen je Eintrittskarte“ zur LGS 2020 hat die BÜB+ am 10.12.2018 diese Stellungnahme geschrieben:**

Sehr geehrter Herr Janicke,  
sehr geehrter Herr Hornstein,  
sehr geehrter Herr Burger,  
Sehr geehrter Herr Dreher,  
sehr geehrter Herr Binossek, (er hatte bereits als einziger nach dem offenen Brief geantwortet, siehe ebenfalls unten angehängt)

Zunächst möchte ich mich herzlich für Ihre Reaktion auf unseren zweiten offenen Brief -die Antwort auf die „abschließende“ Stellungnahme durch die Geschäftsführung der LGS Überlingen- bedanken. Bitte erlauben Sie uns, auch zu Ihren Antworten Stellung zu nehmen:

Bezugnehmend auf den wertvollen und absolut richtigen Hinweis von Herrn Günter Hornstein:

*„Ich erlaube mir aber dennoch die Bitte, dass wir bei aller Wahlkampfretorik nicht aus den Augen verlieren sollten was unser gemeinsames Ziel ist bzw. sein sollte. Die Stadt durch unsere Aktivitäten voran zu bringen und in diesem Zusammenhang die Landesgartenschau 2020 zum Erfolg werden zu lassen“*

möchten wir -wiederholt- ganz klar zum Ausdruck bringen: Es ist keinesfalls unsere Absicht, den wirklich dringend notwendigen Erfolg der LGS 2020 zu gefährden. Aber es ist auch, zumindest aus unserer Sicht, unverzichtbar, dass insbesondere in finanziellen Fragen eine ungetrübte Transparenz geboten wird, da es sich um die Steuergelder der Bürger handelt. Diese Forderung hat nichts mit Wahlkampfretorik zu tun. Wenn sogar der GF der LGS Öhringen die Überlinger Zahlen öffentlich als „unrealistisch“ bezeichnete, sollte es eigentlich nicht Aufgabe einer außenstehenden Gruppierung sein, Licht in diese Angelegenheit zu bringen. Primär müsste in diesem Fall zunächst der GR und der Aufsichtsrat der LGS GmbH zwingend aktiv werden und die Fragen stellen, die wir nun stellen. Wir erinnern daran, dass unsere erste Nachfrage hinsichtlich der in der GR Sitzung am 12.9. genannten Zahlen erstmals in unserem blog bereits am 14.9. erfolgte, darauf folgend schriftlich am 28.9. an die LGS GmbH. So gesehen ist es abwegig, jetzt von Wahlkampfretorik zu sprechen.

Sehr geehrter Herr Janicke, wenn Sie den Eindruck haben, dass wir mit dem Satz "Die konsequente Weigerung erzeugt nur – im besten Fall hoffentlich unnötiges – Misstrauen" suggerieren möchten, die LBU/Grünen, eine andere Fraktion im GR oder einer der anderen CC Empfänger des Briefes würden sich „konsequent weigern“, interpretieren Sie den Satz falsch. Gemeint ist damit einzig und ausschließlich die LGS GmbH und ihr Verhalten, statt aussagekräftiger Zahlen bisher nur Worte zu schreiben.

Wobei ich nicht verhehle, dass uns schon etwas überrascht hatte, auf den ersten offenen Brief vom 29.10. kurzfristig lediglich von Herrn Binossek, von der LBU/Grüne erst nach der Erinnerung, eine Antwort erhalten zu haben. Von der CDU gab es nur eine Ankündigung zu einer Stellungnahme.

Selbstverständlich schreiben wir einen offenen Brief nicht, ohne zuvor mit diversen Fachleuten zu dem Thema Kontakt aufgenommen zu haben. Es ist nicht zielführend, bloße Behauptungen in den Raum zu stellen, die nicht belastbar sind. Und dazu gehört selbstverständlich auch das Gespräch mit einem Fachmann für Steuerrecht, dem unsere Fragen und die Antwort der LGS GmbH zur Prüfung genannt wurden. Dabei erzeugte der zitierte letzte Satz der LGS GmbH eben ein bedenkliches Kopfschütteln mit entsprechendem Kommentar. Ergänzend haben wir ja auch die Information weitergegeben, dass alle bisherigen – erfolgreichen – Landesgartenschauen Steuern in bis zu 6-stelliger Höhe abzuführen hatten. Das sind schlicht Tatsachen, die nun wirklich nichts mit einer rhetorischen Spielerei zu tun haben.

Wenn Sie die Angabe der „nach einem Berechnungsmodell“ ermittelten Zahl für durchschnittliche Erträge je verkaufter Eintrittskarte in der GR Sitzungsvorlage lediglich als eine „strategische und politische Entscheidung“ dafür ansehen, ein politisches Ziel zu erreichen (hiermit gemeint ist die Genehmigung von zusätzlichen Ausgaben in Höhe von 2,25 Mio Euro), haben wir sicherlich unterschiedliche Auffassungen über korrektes Vorgehen, um eine Zustimmung des GR zu erreichen. Für uns geht es hier um beträchtliche öffentliche Steuermittel, die vom Bürger

aufgebracht werden. Und die Bürger haben ein Recht darauf zu erfahren, wie die Deckung dieser zusätzlichen Ausgaben begründet wird. In unseren Augen wäre es mindestens grob fahrlässig, dem GR und den Bürgern lediglich eine beliebige strategische Zahl zu nennen, die so gewählt ist, dass damit genau die benötigten Geldmittel auch praktisch zur Verfügung stehen. Kann man Ihre oben zitierte Formulierung tatsächlich so verstehen, dass eine korrekte Berechnung möglicherweise gar nicht erfolgte? So eine Möglichkeit auch nur in Betracht zu ziehen, lag bisher außerhalb unseres Vorstellungsvermögens.  
Selbstverständlich respektieren wir Ihre Position, wenn wir sie auch nicht teilen.

Im übrigen sind wir überzeugt, dass nicht nur „Mehr Demokratie e.V.“ unser Vorgehen und die konsequente Hinterfragung mit Zustimmung kommentieren würde: Genau dies ist die fehlende Transparenz von vielen öffentlichen Vorgängen, die durch den Verein kritisiert wird. Gerne nehmen wir Ihre Anregung auf, diesem Verein den Sachverhalt zur Beurteilung vorzulegen.

Den sachlichen und konstruktiven Umgang miteinander würden wir sehr begrüßen.  
In diesem Sinne, mit freundlichen Grüßen

Dirk Diestel  
1.Vorsitzender der BÜB+

## **Die Antworten der Fraktionen auf den zweiten offenen Brief:**

### **Die Antwort von Herrn Biniössek auf unseren öffentlichen Brief:**

„... Die zusätzlichen Ausgaben bzgl. der Korrespondenzprojekte habe ich im GR unterstützt, da sie in meinen Augen für einen erfolgreichen Verlauf der LGS unverzichtbar sind. Dennoch muss man die mittlerweile mehrfach beschriebenen Ungereimtheiten in der Neuberechnung der Einnahmen hinterfragen und auf einer Offenlegung der Berechnungsgrundlagen bestehen.

Sollten diese nicht vorhanden sein, wäre es ein Skandal der Irreführung, die im Gemeinderat zu Konsequenzen führen müssten. Es wäre mehr als ein Fall von Intransparenz.“

### **Herr Janicke LBU/Grüne schrieb:**

Sehr geehrter Herr Diestel,  
In der Antwort unserer Fraktion vom 15.11. hatten wir Ihnen mitgeteilt, daß wir die Anpassung der Ein- und Ausgabenkalkulation nicht als ein im Detail ableitbares Zahlenwerk einschätzen, sondern daß es vor allem eine strategische und politische Entscheidung ist. Es steht Ihnen frei, diese Ansicht zu teilen oder nicht zu teilen. Aber ich möchte Sie bitten, sie zumindest zu respektieren. Erlauben Sie mir ein Wort zu Ihren Formulierungen:

"Die weiteren Empfänger dieses Schreibens bitten wir, sich nunmehr verstärkt dafür einzusetzen, dass die LGS Überlingen wirklich nachvollziehbare Informationen zur Verfügung stellt."

Für meine Einschätzung waren die Informationen hinreichend nachvollziehbar und auch sonst setze ich mich - wie die anderen von Ihnen angesprochenen auch - nicht nur jetzt, sondern schon seit Beginn der Planungen für nachvollziehbare Informationen ein. Die Formulierung "nunmehr verstärkt dafür einsetzen" suggeriert, daß das bisher nicht so gewesen sei. Das weise ich zurück, zumal ich eher nicht im Verdacht stehe, ein unkritischer Begleiter der LGS zu sein.

"Die konsequente Weigerung erzeugt nur – im besten Fall hoffentlich unnötiges – Misstrauen."

Hier suggerieren Sie, daß es eine "konsequente Weigerung" der Empfänger Ihrer Mail gäbe. Sie hätten ohne Zweifel die Fähigkeit besessen, es

anders zu formulieren. Haben Sie aber nicht. Auch dagegen verwehre ich mich. Schließlich schreiben Sie in Ihrem Brief an die LGS:

"Ein zu diesem Punkt befragter Steuerfachmann hat zu dem letzten Satz Ihres Schreibens „Körperschafts- und Gewerbesteuern fallen daher nicht an“ nur bedenklich den Kopf geschüttelt."

Was würden Sie mit dem Satz anfangen: "Ein von mir in diesem Punkt befragter Fachmann des "Mehr Demokratie e.V." hat zu den letzten Aktionen der BÜB+ nur bedenklich den Kopf geschüttelt." - ? Nichts! So eine Aussage ohne konkreten und nachvollziehbaren Inhalt ist für nichts nütze, selbst wenn sie stimmt (oder soll ich, diesem Stil folgend, andeuten "selbst wenn sie stimmen würde").

Formulierungen haben auf das Gegenüber eine Wirkung, seien sie nun beabsichtigt oder nicht beabsichtigt. Und sie tragen entscheidend dazu bei, ob und wie man miteinander diskutiert und umgeht.

Ich möchte Sie deshalb bitten, im Umgang mit mir (die anderen können für sich selbst sprechen) in dieser Hinsicht sorgsamer zu sein und solche rhetorischen Spielereien einfach wegzulassen. Es braucht sie wirklich nicht. Wenn auch ich mir dann noch die nötige Mühe gebe, kommen wir in einem sachlichen und konstruktiven Umgang miteinander sicher ein gutes Stück weiter.

Vielen Dank und mit freundlichem Gruß,  
Ulf Janicke

**Herr Burger SPD schrieb:**

Lieber Herr Diestel, Ulf Janicke bringt das zu Papier bzw. ins Netz, was auch ich empfinde. Ich schließe mich uneingeschränkt seinen Äußerungen an. Danke Ulf. Und Grüße von Oswald Burger

**Herr Hornstein CDU schrieb:**

Sehr geehrte Damen und Herren, Ulf Janicke hat durch sein Schreiben auch meine Eindrücke treffend wieder gegeben, so dass ich auf eine Wiederholung mit meinen Worten verzichte, sondern mich inhaltlich seinen Ausführungen voll umfänglich anschließe. Ich erlaube mir aber dennoch die Bitte, dass wir bei aller Wahlkampfrhetorik nicht aus den Augen verlieren sollten was unser gemeinsames Ziel ist bzw. sein sollte. Die Stadt durch unsere Aktivitäten voran zu bringen und in diesem Zusammenhang die Landesgartenschau 2020 zum Erfolg werden zu lassen. Deshalb sollten wir, auch bei teilweise unterschiedlichen Auffassungen in Sachfragen, auf, wie es Herr Janicke richtig beschreibt, rhetorische Spielereien, die teilweise versteckt aber auch offen Vorwürfe/Unterstellungen und nicht belegbare Mutmaßungen beinhalten, verzichten. Mit freundlichen Grüßen Günter Hornstein

**Herr Dreher FWV/ÜfA schrieb:**

Guten Morgen Ulf,  
Deinen Ausführungen kann ich mich ganz und gar anschließen. Vielen Dank !